



„DER KULTURELLE REICHTUM KÖLNS WIRD ERST DURCH DIE FREIE SZENE SO BESONDERS“

**INTERVIEW MIT MARTIN
BÖRSCHEL, SPD KÖLN**

DIE MEHRWERTSTEUERSENKUNG FÜR HOTELIERS VON 19 AUF 7 PROZENT BESCHERT VIELEN KOMMUNEN ERHEBLICHE EINBUSSEN. KÖLN WILL SICH NUN DAGEGEN MIT EINER KULTURFÖRDERABGABE ZUR WEHR SETZEN, IM VOLKSMUND: BETTENSTEUER. 5 PROZENT VOM PREIS JEDER ÜBERNACHTUNG SOLLEN AN DIE STADT GEHEN. DER HAUPTAUSSCHUSS HAT DER SONDERABGABE SCHON ZUGESTIMMT, IM MOMENT ERARBEITET DIE STADTVERWALTUNG EINEN SATZUNGSENTWURF, IM MÄRZ SOLL DER RAT ABSTIMMEN. UND DANN MUSS DAS LAND DIE KULTURFÖRDERABGABE NOCH GENEHMIGEN. AKT SPRACH MIT DEM FRAKTIONSVORSITZENDEN DER KÖLNER SPD, MARTIN BÖRSCHEL, ÜBER ZIEL UND ZWECK DER KULTURFÖRDERABGABE.

AKT: AUCH ANDERE KOMMUNEN ÜBERLEGEN ALS REAKTION AUF DAS WACHSTUMSBESCHLEUNIGUNGSGESETZ SONDERABGABEN, AACHEN DENKT ÜBER EINE „TOURISMUSSTEUER“ NACH – WARUM SOLL ES IN KÖLN EINE KULTURFÖRDERABGABE SEIN?

BÖRSCHHEL: Weil Kulturförderung gleichzeitig auch Tourismusfördernd ist. Eine gute Kultur bringt ja nicht nur den Kölnerinnen und Kölnern etwas, sondern auch den Touristen und Geschäftsreisenden, die in diese Stadt kommen und dadurch den Standort noch attraktiver finden. Allerdings muss man sagen, dass wir durch die Kulturförderabgabe weniger einnehmen, als wir an Einnahmeverlusten durch das Wachstumsbeschleunigungsgesetz der schwarz-gelben Regierung haben. Das heißt, wir haben nichts Zusätzliches zu verteilen. Andererseits ist Köln, wie andere Städte auch, in großen Sparzwängen. Und wenn man der Kultur zwischen 15 und 20 Millionen Euro Jahr für Jahr zusätzlich zur Verfügung stellen kann, ist man schon einen großen Schritt weiter.

ES STEHEN JA AUFGRUND DES HAUSHALTSDEFIZITS EINSPARUNGEN IM RAUM, AUCH BEI DER KULTUR. GEHT ES VIELLEICHT DARUM, DIE SCHON MAL PROPHYLAKTISCH AUFZUFANGEN MIT DER NEUEN ABGABE, SO DASS AM SCHLUSS EIN NULLSUMMENSPIEL HERAUSKOMMT?

Das wäre für die Jahre 2010 und 2011 schon eine ganze Menge! In der Tat, Köln hat allein in diesem Jahr etwa 500 Millionen Euro Haushaltslücke. Das heißt, alle Bereiche müssen sparen, leider auch die Kultur. Und ich wäre für dieses Jahr schon zufrieden, wenn diese Kulturförderabgabe helfen kann, Kürzungen abzumildern. Das muss man ganz ehrlich sagen: In diesen schrecklichen Haushaltsjahren reden wir nicht über mehr, sondern über möglichst viel Sicherung von Bestand.

HEISST DAS, DASS DIE EINNAHMEN AUS DER KULTURFÖRDERABGABE GLEICHMÄSSIG ÜBER ALLE BEREICHE VERTEILT WERDEN SOLLEN?

Wir wollen schon Schwerpunkte setzen. In einer Zeit, in der alle Bereiche sparen müssen, muss man sich genau überlegen: Was soll Köln eigentlich ausmachen? Und hier ein neues Instrument zu haben, das uns hilft, gezielt Schwerpunkte zu setzen in Bereichen, wo eine Kürzung Initiativen der freien Szene den Garaus machen würde – dort kann diese Kulturförderabgabe wirklich sehr Hilfreiches leisten. Wobei die Landesregierung sie ja noch genehmigen muss.

DIE MITTEL SOLLEN ALSO SCHWERPUNKTMÄSSIG DER FREIEN SZENE ZUGUTE KOMMEN?

Ich möchte, dass auch die freie Szene davon profitiert. Selbst wenn unsere Oper, unser Schauspielhaus, unsere Philharmonie oder auch unsere Museen ganz großartige Einrichtungen sind: Der kulturelle Reichtum Kölns wird erst durch die freie Szene so besonders. Und deswegen sollte sie ein Signal der Stadt bekommen, dass wir sie brauchen, dass wir sie wollen und dass wir stolz auf sie sind. Außerdem finde ich niedrigschwellige, leicht zugängliche Angebote für Kinder und Jugendliche ganz wichtig. Wer als Kind nicht mit guten Angeboten an die Kultur herangeführt wird, geht auch als Erwachsener nicht in die Oper, ins Schauspielhaus und in die Philharmonie. Und deshalb ist es ganz wichtig, den Ast zu nähren, auf dem die Kultur in späteren Jahren sitzen will.

WAS KANN SICH GANZ KONKRET DAS FREIE THEATER VON DIESER ABGABE ERHOFFEN?

Das freie Theater ist ja eine der elementaren freien Szenen, auf die wir stolz sein können. Ich weiß nicht, ob es überhaupt eine Stadt in Deutschland gibt, die

eine so breite Theaterszene hat wie Köln. Und ich weiß aus vielen Gesprächen, dass sehr viele sich große Sorgen machen, dass über die Kürzungsvorgaben, die der Kämmerer zunächst mal als Rechengröße in die Debatte geworfen hat, so viel weggenommen wird, dass sich die Existenzfrage stellt. Wenn die Kulturförderabgabe hier helfen kann, die Kürzungen abzumildern oder gar in Einzelfällen überflüssig zu machen, dann hätte man zumindest für die nächsten ein, zwei Jahre die Sicherheit, dass keiner wegen der Haushaltslage schließen muss. Ob wir in den Jahren danach, wenn die Steuern wieder etwas mehr sprudeln, sogar neue Akzente setzen können, darüber lasse ich gern mit mir reden. Aber ich finde, es gehört zur Fairness der Debatte dazu, keine falschen Erwartungen zu wecken, denn die Lücken, die uns jetzt gerade die schwarz-gelbe Bundes-, aber auch die Landesregierung reißen, sind immens.

IM KOALITIONSVERTRAG, DEN SIE GERADE MIT DEN GRÜNEN UNTERSCHRIEBEN HABEN, KLINGT HERAUS, DASS SIE MUSIK UND BILDENDE KUNST ALS DIE ZUKUNFTSWEISENDEN SPARTEN BETRACHTEN...

Sicher ist die Musik eine der Stärken Kölns. Dazu hat man sich auch im Kulturentwicklungsplan bekannt, der ja in Zusammenarbeit mit der Kulturszene entstanden ist. Aber es ist unstrittig, dass die Theater zur reichen kulturellen Szene in Köln gehören. Wir bekennen uns zu einer vielfältigen Theaterlandschaft und werden das auch in Zukunft tun.

„STÄRKUNG DER THEATERSZENE IN KÖLN“

EINE LEKTÜRE DES ROT-GRÜNEN KOALITIONSVERTRAGS 2009 BIS 2014 DURCH DEN FILTER DER SUCHWORTE „KULTUR“ UND „THEATER“

Wer Koalitionsverträge studiert, muss über eine hohe Frustrationstoleranz verfügen. Koalitionsverträge sind nämlich ziemlich lang (klar, sie müssen ja auch vieles regeln) und enthalten viele Sätze, die man nicht versteht und mit Hilfe eines Lexikons für Politikersprache mühsam interpretieren muss. Zufällig ausgewählt: Auf Seite 130 des Koalitionsvertrags der aktuellen Bundesregierung heißt es zum Beispiel: „Die Überprüfung der entwicklungspolitischen Effizienz und Koordinierungsfähigkeit multilateraler Institutionen wird die Basis für unsere Initiativen zur Reform der internationalen Entwicklungsarchitektur hin zu klar definierter Aufgabenstruktur und darauf basierender Arbeitsteilung sein.“ Uff.

Wer Koalitionsverträge auf die kulturpolitischen Inhalte hin studiert, muss besonders frustrationstolerant sein. Die kommen nämlich meist kaum vor, und wenn, dann nur in allgemeiner Bekenntnisprosa zur Bedeutung von Kultur für die Menschheit. Im Koalitionsvertrag zwischen Union und FDP im Bund zum Beispiel fällt die Kultur in dasselbe Kapitel wie Religion, Geschichte und Sport. Und das Kapitel „Geschichte und Kultur“ umfasst gerade zweieinhalb Seiten.

Nun hat der Bund in Sachen Kultur nur wenig zu regeln, die Kulturhoheit liegt bei den Ländern, und den allergrößten Teil von kultureller Arbeit und Mitteln bestreiten sowieso die Kommunen. Zumal in Nordrhein-Westfalen, wo der Anteil des Landes an den Kulturausgaben vergleichsweise gering ist – und das obwohl er unter Schwarz-Gelb schon angehoben wurde. Es ist also entscheidend, wie und an welcher Stelle die Kultur im Koalitionsvertrag zwischen SPD und Grünen in Köln vorkommt.

Immerhin hat sie in der Vereinbarung mit dem Titel „Zukunft durch nachhaltige Politik für Köln“ ein eigenes Ka-

pitel, wenn es auch erst das mit der Nummer 18 (von 23) ist. Die wohl wichtigste Neuerung ist die Kulturförderabgabe, vulgo „Bettensteuer“, mit der wir uns auf dieser Seite eigens befassen (s. Interview mit Martin Börschel). Auf Seite 22 der Kölner Koalitionsvereinbarung geht es außerdem um die „Medien- und Kulturwirtschaft“ – und was da steht, klingt vielversprechend: „Die Medien- und Kulturwirtschaft einschließlich der Games-Branche müssen unsere Markenzeichen bleiben.“ Und die „Anziehungskraft für kreative Szenen“ soll gestärkt werden. Wobei sich bei weiterer Lektüre herausstellt, dass das, was sich nicht unter „Medien“ subsumiert, die „Kreativwirtschaft“ also, diese Bereiche umfasst: Games-Branche, Musikwirtschaft, Designbereich und Kunstmarkt. Freie Theaterszene? Hier also Fehlanzeige.

Das eigene Kapitel 18 zur Kultur umfasst dann immerhin sechs von 76 Seiten. Da begegnen einem gleich in der Einleitung ein paar überzeugende Sätze wie: „Kunst und Kultur sind nicht Selbstzweck, sondern unverzichtbares Gut.“ Konkreter werden eine bessere internationale Vermarktung der Kulturstadt Köln, eine bessere Vernetzung innerhalb der Stadt und zwischen den kulturellen Einrichtungen, Verlässlichkeit der Politik für die Kulturschaffenden angestrebt. Besonderes Augenmerk gilt Interkultur und kultureller Bildung. Und da taucht zum ersten Mal auch das Theater auf: Denn auf die professionelle Theaterarbeit für Kinder und Jugendliche soll ein „stärkeres Augenmerk“ gerichtet werden.

Zum Zankapfel Opernquartier haben Kölner SPD und Grüne bloß vermerkt, dass es „Kulturmittelpunkt im Herzen der Stadt“ werden soll – ob mit neuem oder saniertem Schauspielhaus, hat man offen gelassen, denn darüber sind die regierenden Fraktionen uneins: Die Grünen hatten sich bei der Ratsabstimmung im Dezember enthal-

ten. Was nun das Theater in Köln als Sparte betrifft: Der darstellenden Kunst sind lediglich zwei Absätze gewidmet – immer noch besser als die Literatur, die selbständig gar nicht vorkommt. Darin stehen ein Bekenntnis zur Fortführung der Konzeptionsförderung und der Wunsch nach einem „Haus für Theater, Musik und Tanz“. Das scheint als Ergänzung zum Tanzhaus gedacht zu sein, das im nächsten Absatz auftaucht. Es bleibt allerdings etwas unklar, ob ein oder zwei neue Häuser angestrebt werden. Der Kulturentwicklungsplan jedenfalls soll fortgeschrieben, die konzeptionelle Lücke „Tanz“ im Kulturentwicklungsplan (KEP) geschlossen werden. Der für Theaterleute zentrale Satz lautet wohl: „Wir stehen für eine Stärkung der Theaterszene in Köln.“

Dennoch – in der Passage, in der es um die zukunftsweisenden Kunstsparten geht, liest man deutlich heraus, dass SPD und Grüne darunter (neue) Musik und bildende Kunst verstehen. Auch vielen Kommunalpolitikern scheint die besondere Vielfalt und Größe der freien Theaterszene nicht oder nicht ausreichend bewusst zu sein. Das kann man allenfalls mit Blick darauf verschmerzen, dass die Kultur insgesamt fast ein Zehntel des Gesamtumfangs des Koalitionsvertrags ausmacht und viele Wahlkampfversprechen tatsächlich drinstehen – schon mal ein Statement. Fehlen nur noch Fakten; angesichts des drohenden Nothaushalts liegt hier der Hase im Pfeffer, nicht bei den guten Absichten. Alle Hoffnungen ruhen also auf der „Bettensteuer“...

DINA NETZ

DEN GANZEN KOALITIONSVERTRAG GIBT ES AUF DEN INTERNETSEITEN DER FRAKTIONEN UNTER WWW.KOELNSPD.DE UND WWW.GRUENEOELN.DE